

Dietz, Burkhard; Gabel, Helmut; Tiedau, Ulrich (Hg.): *Griff nach dem Westen. Die 'Westforschung' der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960)*. Münster: Waxmann Verlag 2003. ISBN: 3-8309-1144-0; 1260 S.; 2 Bände

Rezensiert von: Manfred Hettling, Institut für Geschichte, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Ein Sammelband mit über 40 Beiträgen auf rund 1.200 Seiten zum Thema Westforschung assoziiert erst einmal den Begriff „Materialschlacht“. Da im Schlamm der flandrischen Ebenen und Hügel schon viele militärische Offensiven stecken geblieben sind, stellt sich die Frage: Lohnt der Gegenstand diesen intellektuellen Aufmarsch?

Die besondere Brisanz, die im Gegenstand Historie im Nationalsozialismus liegt, wird durch zwei Faktoren gespeist. Das sind zum einen die möglichen Verbindungslinien von Wissenschaft und nationalsozialistischen Verbrechen, zum anderen – als Folge dieser Erkenntnis – die seit ein paar Jahren intensiv und kontrovers diskutierte Frage nach jenen Historikern, die sowohl vor 1945 als auch danach forschten und zum Teil äußerst einflussreich waren. Diese Probleme sind bisher weitgehend im Kontext der ‚Ostforschung‘ diskutiert worden – die Erweiterung des Blickes auf den Westen ist deshalb zu begrüßen.

Die Herausgeber knüpfen an die aktuelle Debatte über die Historiker im Nationalsozialismus an und betonen die Auswertung und zweckorientierte Verwendung historiografischer Ergebnisse seitens des NS-Staates. Bei der Grenzland- und Gegnerforschung könne man auch im Westen von „unmittelbare(n) Berührungspunkte(n)“ mit den „Entscheidungszentren der nationalsozialistischen Verfolgungs-, Vertreibungs- und Vernichtungspolitik“ ausgehen. Das wird als Ergebnis bzw. als Basis der Untersuchungen gewissermaßen vorausgesetzt, doch seien, heißt es einschränkend, „bei weitem nicht alle Detailfragen hinreichend beantwortet“ (S. XXVII). Offen blieben vor allem zwei Aspekte. Einerseits die Frage nach der „Persistenz spezifischer Deutungsmuster und Nomenklaturgewohnheiten“ (S. XXVIII) über eine po-

litische Zäsur wie 1945 hinweg, andererseits die Erklärung des langfristigen Erfolges eines Raumkonzepts, das als ‚Kulturraum‘ bis heute Erfolge feiere.

Indem einerseits die pauschale Berührung von Westforschung und NS-Verbrechen postuliert und nur noch Detailfragen als offen reklamiert werden, und andererseits dem polemischen Angriff von Hans Derks auf die gegenwärtig noch verbreitete Kulturraumkonzeptionen ausgewichen wird, bleibt eine Chance zur theoretischen und konzeptionellen Debatte ungenutzt.¹ Man kann Derks' Buch sicherlich aus vielen Gründen kritisieren. Seine Behauptung etwa, dass sich eine ungebrochene Kontinuität deutscher Westforschungen bis in aktuelle Sonderforschungsbereiche hinein finde und einen politischen Imperialismus spiegele, ist bestenfalls grober Unfug. Doch da es hier in allen Beiträgen um Beziehungen und Verflechtungen zwischen Wissenschaft und Politik geht, hätte sich die Auseinandersetzung mit Derks gelohnt. Nicht im Sinne eines Widerlegungsversuchs, sondern im Bemühen, eigene Kategorien und Konzepte vorzustellen, um das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik reflektierter zu untersuchen.

Der Band ist in vier Abschnitte unterteilt. Ein erster versammelt unter der Überschrift ‚Übergreifende Beiträge‘ fünf Aufsätze, die eine konzeptionelle Einbettung der empirischen Arbeiten liefern sollen. Am überzeugendsten sind Dirk van Laaks und Peter Heils Texte zu (Raum-)Planung als Kategorie, die bemerkenswerte Kontinuitäten über die Epochen Grenzen 1933 und 1945 hinweg aufzeigen, ohne dass dies per se als Fortwirken des Nationalsozialismus zu deuten wäre. Horst Lademachers Beitrag kritisiert einerseits auf altbekannte Weise die Verflechtung von ‚Politik und Wissenschaft‘ – so sein Titel – vor und nach 1933, ohne jedoch präzise kausale Zurechnungen zu versuchen. Andererseits aber proklamiert er eine neue – heute anscheinend politisch korrekte – Verbindung von Wissenschaft und Politik, wenn er erklärt, im Rah-

¹Zu Derks teilweise anregender Polemik und seinem zugleich teilweise mehr als fragwürdigem Vorgehen lese man die Kritik von Bernd-A. Rusinek, S. 1159–1165; außerdem bereits Karl Ditt in H-Soz-U-Kult, 3.12.2002, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=2314>>.

men einer klugen Europapolitik und zur Beförderung einer „europäischen Bewußtseinsbildung“ werde ‚Kulturraumforschung‘ „unter dem Aspekt der Erleichterung eines europäischen Zusammenschlusses“ zur Kulturforschung (S. 23).² Es ist aber zu einfach, die Verflechtung von Wissenschaft und Politik nur dann zu kritisieren, wenn das politische Wertesystem abgelehnt wird. Zudem dürfte es weitere Diskussion lohnen, ob Lademachers Rückgriff auf den Kulturbegriff von Huizinga (und Lamprecht) wirklich produktiv ist. Huizingas Begriff von Kultur ist geprägt durch die Suche nach Darstellungsformen für ‚Ganzheitliches‘. Wenn Lademacher unter Verweis auf Huizinga als Ziel der Kulturgeschichte die „Bestimmung von Lebensformen, Schöpfungsformen und Denkweisen“ benennt, begünstigt das eher pauschalisierende Beschreibungen. Wenn er das noch ergänzt durch Hinweise auf die ‚politische Kultur‘ und den durch Geertz und andere favorisierten Begriff des ‚kulturellen Systems‘ entsteht der Eindruck einer additiven Auflistung.

Teil II des Bandes versammelt unter der Rubrik ‚Inhaltliche und ideologische Grundlagen‘ sowohl Beiträge über Sujets der Westforschung (z.B. den Neusser Krieg 1474/75 als Thema der Geschichtsschreibung oder Petris Habilitationsschrift über das ‚Germanische Volkserbe in Wallonien und Nordfrankreich‘), als auch über einzelne Wissenschaften (z.B. Archäologie, Soziologie, Volkskunde), über einzelne Regionen (z.B. Luxemburg, Eupen-Malmedy) bis hin zu korrespondierenden Phänomenen in den westlichen Gebieten (z.B. den flämischen Nationalismus in der Zwischenkriegszeit). Deutlich wird dabei, dass „Westforschung“ kein eigenes Gebiet der Wissenschaft abgab, sondern in ganz heterogenen Feldern zu Tage treten konnte. Inwiefern von einer Gemeinsamkeit überhaupt ausgegangen werden kann, dürfte noch zu diskutieren sein. Statt ‚Grundlagen‘ wird hier eher

ein Teil des Spektrums innerhalb der „Westforschung“ vorgestellt.

Teil III enthält Beiträge zu Organisationen und Initiativen und Teil IV bündelt Studien zu acht Einzelforschern und endet mit einem langen und präzisen Aufsatz von Bernd-A. Rusinek über Traditionen der Westforschung nach 1945. Behandelt werden einerseits (Teil III) Großorganisationen wie die ‚Westdeutsche Forschungsgemeinschaft‘, das Bonner Institut von Aubin und Steinbach, aber auch eher randständige Institut wie das ‚Rheinische Provinzialinstitut für Sippen- und Volkskörperforschung‘, andererseits (Teil IV) bekannte Vertreter wie Franz Petri und Schneider/Schwerte, aber auch eher blasse Figuren wie Alfred Stange (Kunsthistoriker) oder Außenseiter wie Christoph Steding. Für beide Teile bleibt indes die Frage offen, inwiefern es sich um die Anhäufung von Einzelbeispielen handelt, oder inwiefern ein genereller Paradigmenwechsel der Wissenschaft zu konstatieren ist. Um diese Frage zu beantworten, dürfte es notwendig sein, die hier vorgestellten Beispiele von Westforschung in die Praxis der jeweiligen Fächer einzuordnen. Nur dann kann beurteilt werden, wie repräsentativ etwa einzelne Institute oder Personen tatsächlich waren. Der Titel des Bandes mit dem aktiven, ein klar benennbares Handlungssubjekt unterstellenden ‚Griff‘ nach dem Westen suggeriert eine Einheitlichkeit und innere Konsistenz der Westforschung, die durch die Ansammlung der Beiträge nicht eingelöst wird. Ob es deshalb gerechtfertigt ist, ganz unterschiedliche Forschungsrichtungen unter einem politischen Zweck zusammenzufassen, dürfte eine intensivere Diskussion lohnen. Wenn Fahlbusch schreibt, „daß die Forschung systematisch gegen die westlichen Nachbarländer vorging“ (S. 607) wird eine Einheitlichkeit sowohl der Ziele wie auch der Forschung an sich vorausgesetzt, die bisher noch nicht recht belegt erscheint. Denn die Beiträge im Band zeigen auch, wie unterschiedlich die beteiligten Personen, wie verschiedenartig die Methoden, wie heterogen die Leitideen sein konnten. Wie bei der Volksforschung, die sich auf den Osten erstreckte, sollte man es vermeiden, vorschnell Gemeinsamkeiten zu unterstellen. Die Volksbegrifflichkeiten waren zu vielfältig, als dass sich dadurch ohne wei-

² „Eben an dieser Stelle können Geistes- und Sozialwissenschaftler europapolitisch funktionieren. Sie sollten direkt oder indirekt im europapolitischen Auftrag handeln und ihr Erkenntnisinteresse auf das politische Ziel der europäischen Einigung richten.“ (S. 25). Zugespitzt formuliert: Früher wollten viele Kulturraumforscher volkstumpenpolitisch funktionieren, heute sollen sie europapolitisch funktionieren.

teres Einheitlichkeit begründen ließe. Zu bedenken ist außerdem, dass ‚Osten‘ und ‚Westen‘ in den 1920er und 1930er-Jahren eine hohe politische Symbolkraft besaßen. So verwandten etwa Nationalsozialisten den Begriff „Westen“ vor allem in einer politischen Bedeutung, um Deutschland vom politischen System des Westens - der Demokratie - zu unterscheiden und abzugrenzen (S. 325). Als *räumliche* Bezeichnung taucht der Begriff in der NS-Terminologie nur am Rande auf.³

Eine Einzelanalyse würde den Rahmen einer Besprechung sprengen, deshalb erscheint es mir geeigneter, auf Fragen und Problembereiche hinzuweisen, die sich im Thema Westforschung greifen lassen und auch die zukünftige Diskussion stimulieren werden.

Erstens: Lohnend - und dringend geboten - ist ein intensiver und differenzierter Vergleich zwischen Ost- und Westforschung. Einige Aspekte dürften eher auf eine Differenz hinsichtlich des politischen und historischen Kontextes von Ost- und Westforschung hinweisen. So hat Hans Derks⁴ darauf aufmerksam gemacht, dass sich erhebliche Teile der unter dem Label Westforschung zusammenzufassenden Aktivitäten dadurch legitimierten, dass sie - im Gegensatz zur Ostforschung - eine Gemeinsamkeit zwischen Deutschen und einzelnen ‚westlichen‘ Völkern beweisen wollten. Während im Osten Annexionen durch die Behauptung von *Wertunterschieden* (rassischer und/oder kultureller Art) legitimiert wurden, geschah das im Westen durch den Verweis auf unterstellte *Gemeinsamkeiten* (rassischer und/oder völkischer Art). Hüten sollte man sich jedoch davor, nationalsozialistischer Politik zu unterstellen, auf (pseudo-)wissenschaftliche Legitimationen angewiesen gewesen zu sein. In mehreren Beiträgen wird betont, dass gerade gegenüber Frankreich klassisches Machtkalkül und das Denken in traditionellen staatlichen Kategorien handlungsleitend war. Dem entsprach, dass es, gerade von politischer Seite, immer wieder Rücksichtnahmen auf die staatlichen Gebilde im Westen gab, mit denen man zu einem wie auch immer hierarchisier-

ten Nebeneinander kommen wollte. Tendenziell bemühte sich die nationalsozialistische Politik im Westen darum, das Entstehen abhängiger Partner zu fördern. Im Osten hingegen versuchte man, koloniale Herrschaftsformen zu errichten.

Auch besaßen viele ‚Westforscher‘ anscheinend eine mehr als ambivalente Einstellung gegenüber ihrem Gegenstand. Wenn Steinbach etwa kund tat, im Westen stehe man „höchst entwickelten Kulturen und Zivilisationen gegenüber, die eine ungemein starke Anziehungskraft ausüben“ (S. 588), formulierte er eine Gleichrangigkeit und fast schon Unterlegenheit der Deutschen. Analoge Äußerungen sind gegenüber der ‚slawischen Kultur‘ und dem Osten undenkbar.⁵ Wenn spätestens seit Stalingrad vom Nationalsozialismus offensiv versucht wurde, eine europäische Gemeinsamkeit unter dem Vorzeichen des Abendlandes gegen die bolschewistische Bedrohung des Ostens zu beschwören, so beruht diese Rhetorik auf dem Verweis auf eine wie auch immer gebrochene Gemeinsamkeit, die gegenüber dem Westen in Anspruch genommen werden konnte.

Zweitens: Hans Mommsen hat während der erregten Debatte auf dem Frankfurter Historikertag 1998 über die Ostforschung (und speziell über Conze, Schieder und andere) apodiktisch geurteilt, es gehe hier nicht um größere oder kleinere Affinität einzelner Historiker zum Nationalsozialismus, sondern was zur Debatte stehe, „ist der wirkliche Nationalsozialismus“.⁶ Kriterium hierfür sei nicht eine Grad an Übereinstimmung mit den nicht immer konsistenten weltanschaulichen Zielen des Nationalsozialismus, auch nicht der Antisemitismus. „Entscheidend“, so Mommsen, sei „die Ausschließlichkeit, mit der diese Ziele unter Hintansetzung jeglicher humaner und normativer Bindungen umgesetzt werden“.

Diese Frage wird im vorliegenden Band nur von Karl Ditt aufgegriffen. Im Unterschied zu

⁵ Steinbach wurde etwa 1941 dafür kritisiert, die „kulturelle Überlegenheit des Westens“ zu unterstellen (S. 713).

⁶ Zitiert hier und im Folgenden nach der schriftlichen Fassung: Mommsen, Hans, *Der faustische Pakt der Ostforschung mit dem NS-Regime. Anmerkungen zur Historikerdebatte*, in: Schulze, Winfried; Oexle, Otto G. (Hgg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt 1999, S. 271.

³ Der Begriff Osten dürfte dagegen fast schon mythisch aufgeladen sein - als Symbol für Weite, Entgrenzung, Gefährdung.

⁴ Derks, Hans, *Deutsche Westforschung*, Leipzig 2001, S. 126.

Mommsen sieht er jedoch den Glauben an die „Kraft der Rasse“ als ideologisches Unterscheidungskriterium an. Andere Momente wie Volkstumsdenken, Militarismus, Antibolschewismus etc. würden auch für das Gros der Konservativen in den 1920er und 1930er-Jahren gelten (S. 939). Letztlich werden hier zwei unterschiedliche Perspektiven deutlich, wie der Nationalsozialismus konzeptionalisiert werden kann. Ditt schlägt eine ‚kulturalistische‘ Interpretation vor (Rasse als Leitidee, welche Differenzierungen ermöglicht), Mommsen propagiert eine handlungsorientierte Interpretation, die das Differenzkriterium in der „Ausschließlichkeit“ und in der uneingeschränkten „politischen Verfügbarmachung“ von Ideen und Inhalten sieht. Für beide Deutungen lassen sich Gründe ins Feld führen. Entscheidend ist deshalb nicht die Frage, ob man sich für den einen oder anderen Ansatz entscheidet - sondern vielmehr, sich diese theoretische Frage überhaupt zu stellen. Unterlässt man das, bleibt die Interpretation vage und es besteht die Gefahr, Einzelphänomene zu pauschalisieren.

Ob man zwischen völkischem und nationalsozialistischem Denken sinnvoller Weise unterscheiden kann, lohnt sicherlich die Diskussion. Denn eine Orientierung an völkischen Gedanken und Zielen war in der Zwischenkriegszeit keine deutsche und auch keine nationalsozialistische Besonderheit. Völkisch zu sein reicht deshalb als Bestimmungsmerkmal für eine besondere Bindung an den Nationalsozialismus nicht aus. Gerade am Beispiel des Bonner Instituts von Aubin, Steinbach und Petri wird das deutlich. Ob man aus der Schilderung von Konfliktpunkten zwischen Vertretern des Instituts einerseits und politischen Handlungsträgern des Dritten Reiches andererseits den Schluss ziehen kann, die Haltung des Institutes könne als „unwilliges Sich-Fügen“ (S. 712) bezeichnet werden - das wird sicherlich Widerspruch hervorrufen. Die Diskussion hierüber dürfte aber nur dann fruchtbar geführt werden können, wenn man präzise(r) offen legt, von welchen Grundlagen aus man Verhalten bewertet.

Drittens: Eng damit in Berührung steht die Frage, welche Bedeutung ideellen Faktoren für politisches Handeln zukommt. Wenn

Fahlbusch etwa von der „Brückenkopffunktion der Grenzlandforschung“ spricht, der ein „instrumentelles Wissenschaftsverständnis“ zu Grunde gelegen habe (S. 647), verweist er zwar auf die Bedeutung des Handelns, führt dieses Handeln zugleich jedoch auf ein bestimmtes Wissenschaftsverständnis zurück. Das aber ist einer der strittigsten Punkte. Inwiefern Wissenschaft - ob völkisch oder nicht - als *kausaler* Faktor für nationalsozialistisches Handeln und insbesondere für nationalsozialistische Verbrechen anzusehen ist, ist bisher selten überzeugend nachgewiesen worden. Handlungsrelevanz im Einzelfall explizit zu belegen, ist noch immer eine Herausforderung. Peter Schöttler, um einen der Exponenten in der aktuellen Debatte über Geschichtsschreibung und Nationalsozialismus zu zitieren, belässt es dabei, Wahlverwandtschaften aufzuzeigen.⁷

Ein erhebliches Ausmaß an weltanschaulicher Übereinstimmung zu zeigen, ist das eine. Den Weg vom Gedanken zur Tat zu belegen, ist jedoch etwas anderes. Inwiefern wissenschaftliche Tätigkeiten und Produkte als „adäquate Verursachung“ (im Sinne etwa Max Webers⁸) für Handlungen nationalsozialistischer Politik verantwortlich gemacht werden können, erforderte andere Nachweise, als sie hier vorliegen.

Viertens: Die Frage nach den intellektuellen Kontinuitäten steht heute meist im Vordergrund, wenn sich das Interesse auf Wissenschaft im Nationalsozialismus richtet. Verdrängtes offen zu legen und Vergessenes öffentlich zu machen ist ein starker Motor. Dass es sich lohnt, den Blick nicht nur auf Kontinuitäten über die Zäsur von 1945 zu richten, zeigt Rusinek in seinem Beitrag, der eine Art Schlusswort des Bandes bildet. Er betont die Tradierung von Kulturraumideologemen und

⁷ Entweder spricht er von „intellektueller Konkordanz“, oder von „inhaltlicher, mentaler und programmatischer Übereinstimmung“, oder davon, dass sprachliche Kollektivsymbole mit der Ideologie des Dritten Reichs „kompatibel“ gewesen seien; Schöttler, Peter, Die historische Westforschung zwischen Abwehrkampf und territorialer Offensive, in: ders., Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft, Frankfurt 1997, S. 204, hier S. 215; ders., Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte, in: Schulze; Oexle, Historiker, S. 89-113, hier S. 102, 104.

⁸ Weber, Max, Objektive Möglichkeit und adäquate Verursachung in der historischen Kausalbetrachtung, in: ders.; Wissenschaftslehre, Tübingen 1988, S. 266-90.

Volksbegrifflichkeiten einerseits und von Forschungsstrategien andererseits über die politischen Zäsuren von 1933 und 1945 hinweg. Nehme man das zur Kenntnis, so Rusineks, werde man auch skeptischer gegenüber Versuchen, (vor-)schnell Kontinuitäten des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik aufdecken zu wollen. Rusineks Erklärung zielt in eine andere Richtung. Er betont überzeugend, dass zweifellos intellektuelle Kontinuitäten bestehen - diese jedoch weit eher vom späten Kaiserreich über Weimar und das Dritte Reich bis in die frühe Bundesrepublik reichen. Ihren Ursprung habe diese fächerübergreifende Gemeinsamkeit von Denkformen und Wertorientierungen in der Konkurrenzsituation, in der sich die Geisteswissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften befunden hätten. Deshalb hätten die Geisteswissenschaften seit dem 19. Jahrhundert zunehmend auf das ‚Nationale‘ als legitimierenden Wert zurückgegriffen (S. 1193, 1198). In dieser Verschiebung von Deutungskategorien und in der expliziten Politisierung liege eine entscheidende Bedingung dafür, dass sich Wissenschaft (auch) im Nationalsozialismus derart leicht und willfährig politischen Zielen unterordnen konnte. Umgekehrt heißt das auch, dass das rationale Denken bereits lange vor 1933 auf der Strecke geblieben war - und 1945 nicht so ohne weiteres aus der Versenkung auftauchen konnte. Rusineks Deutung ist in ihrer funktionalen Stringenz vielleicht zu eindeutig, doch lohnt es sicherlich, sein Argument intensiv zu diskutieren. Es verweist auf eine langfristig sich vollziehende Verschiebung des intellektuellen Feldes. Diese zeitigte in Deutschland heftige Verwerfungen und Orientierungskrisen. Zu erinnern ist hier an die von Otto Gerhard Oexle in jüngster Zeit mehrfach beschriebene Krise des Historismus, welche in Deutschland das rationale Denken in besonderem Maße in Frage stellte.⁹ Erst in dem Maß, wie nach 1945 die Wissenschaft die langfristige Krise des rationalen Denkens überwand, konnte eine politische Stabilisierung der Demokratie erfolgen.

⁹ Oexle, Otto Gerhard, „Wirklichkeit“ - „Krise der Wirklichkeit“ - „Neue Wirklichkeit“. Deutungsmuster und Paradigmenkämpfe in der deutschen Wissenschaft vor und nach 1933, in: Hausmann, Frank-Rutger (Hg.), *Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933-1945*, München 2002, S. 1-20.

Fünftens: Völkisch-nationale Wissenschaft und völkisch-nationale Politik gab es seit dem 19. Jahrhundert nicht nur in Deutschland. Dass sich die Radikalisierung des Denkens unter diesem Vorzeichen durch oft komplexe Gemengelagen und konkurrierende annexionistische Forderungen und Grenzänderungen hochschaukelte, wird oft vergessen. Wie Carlo Lejeune in einer umfangreichen und sehr überzeugenden Fallstudie zeigt, waren es „nicht die Westforscher, die Eupen-Malmedy durch ihre Schriften ‚annektierbar‘ gemacht hatten“ (S. 535). Stattdessen legt er offen, welche komplexen und widersprüchlichen Konstellationen seit dem Wiener Kongress bestanden und in dieser Region sich nicht in das Leitbild der Nationalstaatlichkeit fügen ließen. Was vor 1918 an Spannungen noch halbwegs austariert werden konnte, wurde nach 1918 jedoch durch die Selbstdesavouierung des Versailler Programms durch die Westmächte radikalisiert. Konkurrierende Volkstumspolitik belgischer und deutscher Prägung beförderte eine Nationalisierung des Denkens und privilegierte ‚Volk‘ als eine zentrale politische Kategorie.

Die hier vorliegende erste umfassende Analyse der Westforschung stellt einen Arbeitssieg dar. Zukünftig sollte man das Augenmerk mehr auf Vergleiche zur Ostforschung richten, um - vermutlich - das Spezifische der Verbindung von Wissenschaft und Politik auf diesem Terrain zeigen zu können. Zudem sollten theoretische Anregungen der Wissenschaftsgeschichte intensiver aufgegriffen werden. Sonst besteht die Gefahr, dass man zum Ergebnis kommt, im Westen nichts Neues. Das wäre eine vergebene Chance.

HistLit 2003-2-092 / Manfred Hettling über Dietz, Burkhard; Gabel, Helmut; Tiedau, Ulrich (Hg.): *Griff nach dem Westen. Die 'Westforschung' der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919-1960)*. Münster 2003. In: H-Soz-u-Kult 15.05.2003.